

Arbeitertümelei

Zu einem Aufruf aus Mailand, die „informelle Arbeiterpartei“ zu schaffen

Seit ein paar Monaten macht ein Appell aus Mailand die Runde, eine „informelle Arbeiterpartei“ zu schaffen, verfasst von Arbeitern des Metallbetriebs INNSE, dessen geplante Schließung im vergangenen Jahr am Widerstand der Belegschaft scheiterte (*Am Anfang war eine informelle Arbeiterpartei; zu finden im Netz*). Aufgrund des Interesses, das er geweckt hat, sollen hier einige Einwände formuliert werden, zumal dieses Interesse symptomatisch zu sein scheint für eine gewisse Arbeitertümelei.

Aus dem Aufruf spricht eine Vergötterung der Arbeiter, wie sie inzwischen selten geworden ist, gleich ab Satz eins:

Sich als Arbeiter zu organisieren und als solche zu handeln, ist bereits ein Programm. Sobald die Arbeiter sich als solche zusammenschliessen und einen Ausweg aus ihrer prekären gesellschaftlichen Lage suchen, finden sie schon bei der Suche die Mittel und Wege, um diesen Ausweg in die Tat umzusetzen.

Sich als Arbeiter zu organisieren, ist überhaupt kein Programm, jedenfalls keines, das zum Umsturz der Gesellschaft taugen würde. Sich als Arbeiter zu organisieren, hieß bei INNSE und heißt bei allen Kämpfen gegen Betriebsschließungen, die eigene Existenz als Arbeiter gegen die Drohung zu verteidigen, auf die Straße gesetzt zu werden. Während neulinke Arbeiterverächter diese Drohung ausblenden und vor allem die Möglichkeit, dass sich an schnöden Abwehrgefechten etwas Anderes entzünden könnte, blenden altlinke Arbeitertümler die Tragik solcher Kämpfe aus, berauschen sich an ihren mitunter militanten Formen und schweigen zu der Frage, wie die Verteidigung der Arbeiterexistenz aus den Verhältnissen herausführen soll. Es wird so getan, als liege der Schlüssel bereits in der entschlossenen Verteidigung der eigenen Interessen. In dieser Debatte war man schon mal weiter. 1971 schrieben die Operaisten von *Potere Operaio* angesichts der Massenentlassungen in Italien: „Wenn der Angriff der Unternehmer und die Erpressung am Arbeitsplatz die Arbeiterspontaneität auf ein Bitten und Verlangen nach Arbeit reduzieren, wenn sie den Arbeiterkampf darauf reduzieren, dass man verlangt, ausgebeutet zu werden und die Stellung eines Ausgebeuteten zu erhalten, *verlagert sich entweder das Kampfterrain vollkommen, oder es kommt zur Klassenniederlage.*“ (*Was ist Arbeitermacht?*, Berlin 1972). Wo dieses andere Terrain läge, wäre gerade heute nicht die blödeste Frage, denn schließlich haben Kämpfe gegen Entlassungen in den letzten Jahren Hochkonjunktur gehabt: Opel, AEG, BSH, INNSE... Aber der Appell aus Mailand wischt alle programmatischen Fragen mit der Beschwörung einer „Arbeitergemeinschaft“ im Betrieb bei Seite:

Sie brauchen kein fertiges Programm, bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet, mit einer Liste von Forderungen, halbwegs zwischen grossspurigen Zielen und kleinen, vergänglichen Ergebnissen. Diese Partei richtet sich auf einem Gebiet ein, das nicht geografisch, lokal oder national begrenzt ist: Es ist ein gesellschaftliches Territorium, auf dem sie ihre Kraft entfaltet. Die Fabrik oder irgendein Arbeitsplatz, wo es eine Arbeitergemeinschaft gibt, das ist das Gebiet der Arbeiterpartei.

Das gesellschaftliche Territorium schrumpft auf das Betriebsgelände zusammen, doch selbst in den wenigen Fällen, in denen die beschworene „Arbeitergemeinschaft“ keine bloße Schimäre ist, sondern so etwas wie einen solidarischen Verkehr unter Lohnabhängigen beschreibt – von dem etwa bei der Entlassung von Leiharbeitern in der Krise nicht viel zu sehen war –, bleibt die Frage, wie daraus eine Bewegung für die Aufhebung der Verhältnisse hervorgehen soll. Es ist schließlich kaum zu übersehen, dass die sozusagen naturwüchsig am Arbeitsplatz entstehenden „Arbeitergemeinschaften“ meistens nicht weit entfernt sind von Betriebsgemeinschaften, die vor allem den eigenen Laden retten wollen: „Wir sind Opel“. Anstatt sich damit auseinanderzusetzen, unterstellt der Appell eine äußerliche Beeinflussung der Arbeiter durch feindliche Klassen:

Dort muss ein unerbittlicher Kampf gegen die politischen Parteien der andern Klassen geführt werden. Der politische Einfluss auf die Arbeiter kommt von ausserhalb dieses Gebiets; die politischen Parteien beeinflussen die Arbeiter zu Hause, am Wohnort, als Einwohner, als Staatsbürger unter Staatsbürgern; die Arbeiterpartei hat ein Gebiet zur Verfügung, das von der Politik verlassen ist. Bei der Teilung der Macht obliegt es dem Unternehmer, seine Leute direkt zu verwalten; es wird keine Einmischung geduldet, die Produktion ist heilig. Die Arbeiterpartei kann diesem Umstand zu ihren Gunsten ausnutzen, die Arbeitergemeinschaft kann diesen Hohlraum ausfüllen, indem sie zu einer unabhängigen und eigenständigen Art von politischem Handeln findet.

Eine hermetische Trennung von Politik und Ökonomie ist im entwickelten Kapitalismus längst nicht mehr gegeben, der Arbeitsalltag vielmehr bis in die letzten Winkel verrechtlicht, also durch Gesetze des Staates geregelt; die Ökonomie insgesamt wird politisch reguliert, in der Krise mehr denn je, wie die Unternehmensrettungen durch die jeweiligen Staaten zeigen. Die Betriebe sind alles andere als *von der Politik verlassen*. Und vor allem: Außer den Attributen *unabhängig* und *eigenständig* ist wiederum nichts über die *Arbeiterpartei* zu erfahren.

Die Arbeiterpartei führt den Widerstand der Arbeiter über die versöhnlerische Gewerkschaftspolitik hinaus. Die alte Gewerkschaftspolitik des kleineren Übels („Lieber den Spatz in der Hand...“) wird von der Wirtschaftskrise überrannt, die den Arbeitern nicht einmal mehr das „kleinere Übel“ gewährt, sondern sie mit weniger als Nichts dastehen lässt.

Gerade die Krise hat, da sie begründete Abstiegsängste auslöst, die Opferbereitschaft in den Betrieben verstärkt. Nur dort, wo Betriebsschließungen drohen, kommt es manchmal zu Widerstand, der aber nur auf die Aufrechterhaltung des Status Quo zielt. So auch bei INNSE.

Statt aus der Wirtschaftskrise – als Beweis für den Bankrott der auf dem Profit aufgebauten Produktionsweise – Kraft zu schöpfen, verständigen sich die eingespielten Gewerkschaftsführer darauf, mit sozialen Abfederungen das Elend der Arbeiter zu verwalten, in der Erwartung, dass der Sturm vorübergehe.

Allerdings tun die Gewerkschaften dies im Einverständnis mit der erdrückenden Mehrheit der Arbeiter, die eben auch nur hoffen können, „dass der Sturm vorübergehe“. Anders kann es auch gar nicht sein, wenn nirgends eine Vorstellung von der Überwindung der jetzigen Produktionsweise besteht. Ohne Aussicht auf Kommunismus sind die Arbeiter Gefangene des Kapitals. Genau das drückt sich in den Gewerkschaften aus und wird von einer „Gewerkschaftskritik“ verfehlt, die sie zu „Organisationen gegen die Arbeiterklasse“ (Internationale Kommunistische Strömung, IKS) stilisiert und sich somit als Manipulations- und Verschwörungstheorie entpuppt.

Gesetzt den Fall, dass das Unwetter nicht so schnell vorbeigeht und dass die Überwindung der Krise unerträgliche Opfer verlangt, so dass die Arbeiter im Widerstand gegen die Auswirkungen der Krise zur Überzeugung gelangen, dass die Zeit für diese Art von Produktion und Austausch abgelaufen ist und dass sie überwunden werden muss, in welche Richtung und auf welche Perspektiven hin müssen wir uns dann bewegen? Wird es dann nicht vielleicht die Aufgabe der informellen Arbeiterpartei sein, mit der Ausarbeitung von Antworten zu beginnen?

Sicher muss man nach Antworten suchen. Das könnte man aber auch jetzt schon tun. Anstatt auch nur in groben Zügen anzugeben, wohin die Reise gehen soll, setzen die Initiatoren der „informellen Arbeiterpartei“ auf einen mechanischen Zusammenhang von Krise und Widerstand. Frei nach Ingrid Strobl: Arbeitersein allein ist kein Programm...

Die Tatsache, dass namhafte Teile der Arbeiter den klassischen parlamentarischen Parteien fremd gegenüberstehen, zeigt sich auf alle Arten. Nicht so sehr in der Stimmenthaltung, die eine zahlenmässige

bedeutende Erscheinung ist, als vor allem in der Militanz, im konkreten Beitrag zur Unterstützung dieses oder jenes politischen Vorhabens. Die Parteien, die wir kennen, fischen ihre Führungsgruppen und Mitglieder aus den andern Klassen, sie sind Ausdruck von andern gesellschaftlichen Klassen. An der aktiven Mitgliederbasis der Parteien, die sich als Parteien der Arbeiter ("dei lavoratori") bezeichnen, finden wir bestenfalls Lehrer, Angestellte, Techniker, aber nie Arbeiter. Die Arbeiter hingegen, seit sie auf dem Schauplatz der Gesellschaft aufgetaucht sind, haben Organisatoren, Agitatoren und Propagandisten hervorgebracht, welche Parteien mit grossen Mitteln und grosser finanzieller Unterstützung in den Sack gesteckt haben. Können heute die Arbeiter keine derartige politische Schicht mehr hervorbringen? Sind sie nicht mehr in der Lage, Kämpfer für ihre Sache hervorzubringen? Diese Möglichkeit zu verneinen, kommt andern gelegen, nicht uns selber; es kommt darauf an, für welche Partei man sich einsetzen soll, für welche Partei zu kämpfen man anfangen soll, und eine Möglichkeit ist heute gegeben: Man kann Mitstreiter und Organisator für eine Partei werden, die unser ist, für eine Arbeiterpartei, oder wenigstens die ersten Schritte in diese Richtung tun. Die Programme und Organisationsformen werden wir miteinander finden, wenn wir uns allmählich als Klasse und damit als unabhängige politische Partei zusammenschliessen.

Ein bornierterer Begriff von Arbeiterklasse ist kaum vorstellbar; selbst Techniker sind bereits dubios und von der Proletarisierung im Bildungswesen ist schon gar keine Rede. Entsprechend flach wird die Kritik der „anderen Parteien“ aufgezogen: Es finden sich keine echten Arbeiter in ihren Reihen (was im Übrigen nicht mal stimmt). Auf der anderen Seite wird die *Militanz* der Arbeiter außerhalb dieser Parteien vollkommen überzeichnet; man muss kein Italienexperte sein, um zu wissen, dass auch dort seit langem nicht mehr die Post abgeht im Klassenkampf – 1969 ist lange her und 1977 auch (aber waren die Leute, die die Bewegung der *Autonomia* ausgemacht haben, überhaupt richtige Arbeiter?) Und vor allem ist die Perspektive – wenigstens für Antiautoritäre – alles andere als verlockend: eine „politische Schicht“ muss her, „Organisatoren, Agitatoren und Propagandisten“ – über deren Programm man nur erfährt, dass es sich irgendwie schon finden wird, wenn man erst mal loslegt, und dass es ein echtes Arbeiterprogramm sein wird.

Am Anfang soll jeder bleiben, wo er ist, und weiterhin mit den politischen Formationen sympathisieren, mit denen er will, sich an den Aktivitäten von Komitees, autonomen Zentren, dieser oder jener Basisgewerkschaft beteiligen. Die informelle Arbeiterpartei verlangt keine Glaubensbekenntnisse, als vielmehr dass man damit beginne, als Arbeiter zu denken und zu handeln, zu allen Fragen, die uns direkt betreffen, einen eigenen Standpunkt zu erarbeiten und zu vertreten.

Was es heißt, *als Arbeiter zu denken und zu handeln*, bleibt weiter im Dunkeln. Worum geht es? Um eine Bewegung von Lohnabhängigen oder den Kult des Fabrikarbeiters? Um Verstaatlichung der Industrie oder Aufhebung der Warenproduktion? Arbeiterregierung oder Zerstörung des Staates durch Räte? Verallgemeinerung des Arbeitszwangs oder Abschaffung der Lohnarbeit? Und wie will man dahin kommen?

Die grosse Krise hat den Nebel aufgelöst, der den Interessengegensatz, auf dem diese Gesellschaft aufgebaut ist, verschleiert hatte: Wo ist die produktive Arbeit von Millionen Arbeitern all dieser Jahre verschwunden? In den Taschen der Unternehmer, in den Kassenschränken der Banken, in den goldenen Gehältern der Staatsbeamten. Den Arbeitern blieben die Brosamen - und heute das Elend. Es ist zum Lachen, mit welcher Frechheit sie von allen, uns eingeschlossen, verlangen, gemeinsam Opfer zu bringen um die Krise zu überwinden.

Der Interessengegensatz ist durch die Krise gerade nicht offen zutage getreten, und dass seit Herbst 2008 nur noch Elend herrscht, kann man auch nicht ernsthaft behaupten. Und vor allem ist die „Kapitalismusanalyse“ falsch und populistisch. Die produktive Arbeit geht zu großen Teilen in die Akkumulation, nicht in die Taschen der Reichen. Von der sehr realen Kapitalvernichtung – der

wundersamen Leerung so mancher *Kassenschränke der Banken* – ist schon gar keine Rede. Das Ganze ist nur Rhetorik, kein Versuch, den Verlauf der Krise zu verstehen.

Da der Rest des Aufrufs auch nur aus großsprecherischen Formeln besteht, kann die Kritik hier abgebrochen und zusammenfassend gesagt werden, dass alle Weichenstellungen falsch sind: Die Beschwörung der „Arbeitergemeinschaft“ im Betrieb, die damit verbundene Abgrenzung zu anderen Lohnabhängigen und der Irrglaube, eine revolutionäre Bewegung könne ohne programmatische Klärung entstehen, weil es bereits genüge, „als Arbeiter zu denken und zu handeln“.

Der Grund für das Interesse an diesem Dokument kann nur eine heimliche Arbeitertümelei sein. Eigentlich weiß man, dass eine bestimmte Ära abgelaufen ist, dass man die „Arbeitergemeinschaften“ im Betrieb schon mit der Lupe suchen muss und sich eine neue subversive Bewegung nur auf der Grundlage einer diffusen, verallgemeinerten Proletarität entfalten könnte. Weil aus der aber bislang auch nichts Ermutigendes hervorgegangen ist, wird einem warm ums Herz, wenn der Sound einer vermeintlich besseren Zeit noch mal in voller Lautstärke dröhnt: Centralita Operaia! Arbeitergemeinschaft! Die Partei aufbauen! Und das ist einigermäßen tragikomisch.

Heinz Schreiber (Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft)

Berlin, September 2010